

Wahlprogramm von KPÖ plus – offene Liste zur Landtagswahl in NÖ, 2023

Mit KPÖ plus - offene Liste treten Mitglieder der KPÖ und Parteilose gemeinsam bei der Landtagswahl am 29. Jänner 2023 in Niederösterreich an. KPÖ plus ist die Liste von Menschen, die es sich nicht einfach richten können. Die bisherige Politik zerstört unser Sozialsystem und unsere Umwelt. Wir sind die sozial-ökologische Alternative zu den herrschenden Parteien im Land. Aktive Friedenspolitik ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir treten für eine solidarische Gesellschaft ein und laden dich dazu ein, mit uns aktiv zu werden.

Diese Positionen brauchen einen Platz im Landtag.

Das gute Leben für alle ist machbar Rote Punkte der KPÖ für Niederösterreich

Das Ringen um eine lebenswerte Zukunft ist noch einmal schwieriger geworden. Nach den massiven Einschnitten durch Corona sorgt der Krieg mitten in Europa für heftige Verschärfungen im Sozial- und Klimabereich. Wachstumsgrenze; steigende Armut und Preiserhöhungen bei der Grundversorgung; die Auswirkungen des Klimawandels sind spürbar auch bei uns angekommen; Zerrüttungen mit dem Ukrainekrieg und massenhafte Fluchtbewegungen ... das alles zeigt, das herrschende Wirtschaftsmodell hat ausgedient. Gleichzeitig sitzt es gestützt durch nationale und internationale Institutionen fest im Sattel, zusätzlich gestützt durch das neue Erstarren des Militärs und den Zulauf zu nationalistischen, rechten bis (neo)faschistischen Ansichten in ganz Europa.

Noch immer leben die Menschen im globalen Norden auf Kosten von Mensch und Umwelt im globalen Süden. Zusätzlich wird diesen Menschen, wenn sie aus ihrem zerstörten sozialen und ökologischen Umfeld flüchten müssen, die Existenzberechtigung abgesprochen – zum Erhalt des eigenen Wohlstands wird ihr Tod hingenommen. Schaffen sie den Weg trotzdem, werden sie zu Geflüchteten zweiter Klasse gestempelt. Gegen all diese Missstände stemmt sich die KPÖ mit aller Kraft. Auch in eigenem Interesse. An den Flüchtlingen wird heute ausprobiert, was die Herrschenden morgen gegenüber uns allen umsetzen könnten. Wie weit die Zustimmung der ÖVP zu menschenverachtendem Zynismus geht, zeigt anschaulich der Fall Waldhäusl.

Nur legale Fluchtwege können das Massensterben im Mittelmeer beenden. Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge öffnen. Asyl ist ein Menschenrecht. Schutzsuchende haben das Recht auf menschenwürdige Aufnahme und faire Asylverfahren. Es darf keine Zurückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen geben. Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar, sie haben weder eine Hautfarbe noch sind sie an ein Geburtsland gebunden.

Solidarität überwindet Grenzen und bleibt ein wertvolles Instrument unseres Kampfes.

Schwarz-Blau in Österreich hat den Boden für offen rassistische Politik weit in Regierungskreise hinein aufbereitet. Dieser Rassismus zielt auf uns alle. Das Bedienen fremdenfeindlicher Ängste, gepaart mit der Pandemie, die nicht ausgestanden ist,

verdeckt – befeuert durch Boulevardmedien – den rasanten Sozial- und Demokratieabbau, der uns alle trifft. Was fehlt, ist, vor allem in Niederösterreich, eine formierte Zivilgesellschaft, die radikal gegen diese Missstände aufsteht. Die KPÖ unterstützt nach Kräften alle Bewegungen, die sich in Richtung einer solidarischen Gesellschaft aufmachen, die sich für den Erhalt der Errungenschaften der Arbeiter*innen- und Frauenbewegung einsetzen.

Wirtschaft und Politik halten ungebrochen am Wachstumsfetisch fest. Das richtet sich direkt gegen die Überlebenschance der Menschheit. Die KPÖ ist davon überzeugt, dass die Themen Soziales, Umwelt, Demokratie und Kriege nicht losgelöst voneinander angepackt werden können. Dem Klimawandel kann nur mit einem radikalen Umdenken in der Wirtschafts- und Produktionsweise, dem Durchbrechen herrschender Konsummuster, einer Raumordnung, die Arbeit, Wohnen, Verkehr und Ökologie zusammendenkt, einem neuen Zusammenhalt in der Gesellschaft, der Herstellung sozialer Absicherung für alle Menschen, der Stärkung der Zivilgesellschaften und dem Ausbau von Demokratie begegnet werden. Die KPÖ fordert, dass die Menschen auf allen politischen Ebenen in Entscheidungen, die ihr eigenes Lebens- und Arbeitsumfeld betreffen, eingebunden und an deren Gestaltung beteiligt werden.

Auch wenn viele Belange europa- oder bundesweit geregelt werden, gibt es Möglichkeiten im Land, in den Städten und Regionen Rahmenbedingungen für emanzipatorische, soziale und ökologische Politik zu schaffen. In diesen Bereichen setzt die KPÖ in Niederösterreich ihre Arbeitsschwerpunkte:

- Arbeit und soziale Sicherheit – bedingungslose soziale Sicherheit für Alle erkämpfen
- für eine Wende in der Verkehrspolitik – Vorrang für öffentliche Mobilität und Umwelt
- Wohnen darf nicht arm machen
- Stimmung für einen Gesellschaftswandel schaffen

Die offizielle Landespolitik stellt die Entwicklung Niederösterreichs als einzigartige Erfolgsstory dar. Die Realität schaut freilich für sehr viele Menschen ganz anders aus. Niederösterreich war trauriger Vorreiter bei der Reduktion der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Es war das einzige Bundesland, das Kilometer im Bahnstreckennetz verlor. Niederösterreich leistet sich Bahnlücken wie bei der Donauuferbahn und bleibt dafür Weltmeister im Bauen sinnloser Autobahnen und Ortsumfahrungen. Nachdem das Wohnen in den Ballungszentren für immer mehr Menschen unleistbar geworden ist, verlagert sich das Problem seit Jahren in Wellen in die Regionen.

In all diesen Bereichen braucht es Alternativen und den Willen, zu gestalten und gesellschaftsbildend zu verändern.

Arbeit und soziale Sicherheit, die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes – bedingungslose soziale Sicherheit für alle erkämpfen

Soziale Kälte ist das Credo dieser Politik, ungeachtet zahlreicher Hilfsmaßnahmen während der Pandemie und nach den enormen Preissteigerungen bei der Energie. Medien und Expert*innen trommeln unaufhörlich, dass „soziale Leistungen und diese Hilfgelder“ nicht finanzierbar seien. Sie kommentieren jeden Euro zusätzlich für sozial Benachteiligte oder Pensionist*innen mit der Drohung, dass diese Ausgabe auf Kosten der nachfolgenden Generation gehen. Die Kritik an „Hilfen mit der Gießkanne“ vergisst, dass gleichzeitig weiter Steuergeschenke an Konzerne und Euro-Millionäre in Milliardenhöhe bestehen bleiben.

Wirtschaftspolitik

Die enorme Entwicklung der Produktivität ist mit einer immer größeren Kapitalkonzentration bei den internationalen Konzernen verbunden. Dem – auch in der Pandemie und vor allem in der Energiekrise – wachsenden Vermögen einer kleinen Minderheit steht eine Verschlechterung der Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten und zunehmende Armut gegenüber. Die erarbeiteten Werte fließen in Gewinne und Aktien, anstatt den arbeitenden Menschen zugute zu kommen.

Den sterbenden Industriestandorten, der Absiedlungspolitik internationaler Konzerne und den Pleiten etlicher Firmen der Privatwirtschaft ist auch in Niederösterreich wenig entgegengesetzt worden, das nachhaltig wirkt. Kurzfristiger Profit gilt mehr als eine auch in Zukunft tragfähige Entwicklung des Landes.

Die KPÖ kämpft für ...

- ... nachhaltige Wirtschaftspolitik: Die Wirtschaftspolitik muss von der Förderpolitik für Multis und großer Konzerne auf den Boden nachhaltiger Standortentwicklung geholt werden. Wer Betriebsförderungen und Steuernachlässe bekommt, muss sich für den Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verpflichten. Oder die Gelder zurückzahlen.
- ... den Vorrang für öffentliches Eigentum. Das schließt den Erhalt vorhandenen öffentlichen Eigentums ein. Nur so kann das Land Wirtschafts- und Sozialpolitik gestalten.
- ... „Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum“. Sie bleiben leere Versprechen ohne Investitionen in öffentliche Infrastruktur. Erst damit kann regional Beschäftigung geschaffen werden und Wertschöpfung, die in der Region bleibt.
- ... Arbeitsstandards: Während gegen den „Pfuscher“ bei Nachbarschaftshilfe Stimmung gemacht wird, nutzen Unternehmen meist ungestraft Schwarzarbeit für gezieltes Lohn- und Sozialdumping. Wer Arbeiter*innen nicht regulär beschäftigt, muss von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Nicht die Arbeiter*innen sollen bestraft werden, sondern die Unternehmen.
- ... Lehrlingsausbildung: Unternehmen sollen aliquot zur Beschäftigtenzahl Lehrlinge ausbilden und bei Nichterfüllung eine Abgabe zweckgebunden für

Lehrwerkstätten zahlen, die in der Höhe den Kosten eines Ausbildungsplatzes entsprechen.

- ... den Ausbau der regionalen Wertschöpfung und Zukunftsperspektiven für ländliche Regionen.
- ... die Förderung von alternativen Wirtschaftsmodellen wie Gemeinwohl-ökonomie, genossenschaftliche Finanzierungsmodelle und entsprechende Initiativen von Wirtschaftstreibenden.

Beschäftigung und Einkommen

Arbeitsrechte stehen auf der Abschlussliste. Die Realität für immer mehr Menschen, auch in Niederösterreich, sieht bereits heute so aus: Mehr Wochen-Arbeitsstunden, später in Pension, mehrere prekäre Jobs gleichzeitig – und kein Einkommen zum Auskommen. Die Schere der Ungleichbezahlung und -behandlung von Frauen im Arbeitsprozess geht weiter auf. Geblieben ist der erzwungene Teilzeitjob mangels passender Rahmenbedingungen, mit allen Folgeproblemen etwa in der Alterssicherung. Keine Chance auf einen Job, geschweige denn auf den Wunsch-Arbeitsplatz. Bankrott nach dem erzwungenen Weg in die Selbstständigkeit. Zu alt für den Posten und das Arbeitsamt steigt dir auf die Zehen; zu jung und zu unerfahren für diesen Arbeitsplatz. Löhne, Gehälter oder Arbeitslosengelder, die in vielen Fällen eine Teilhabe an einem würdigen Leben in der Gesellschaft nicht möglich machen. Der Druck des „Immer schneller, immer mehr“ – kurz Zukunfts- und Existenzängste – verunsichern immer mehr Menschen und machen sie auch krank.

Die KPÖ kämpft für ...

- ... ein Konzept zur Schaffung gesellschaftspolitisch sinnvoller, nachhaltiger neuer Arbeitsplätze auch außerhalb der Ballungszentren. In den Bereichen Bildung, Mobilität, Soziales, Pflege, Gesundheit und Betreuung mangelt es eklatant an bezahlten Arbeitsplätzen. Denn: Uns geht nicht die Arbeit aus, sondern die Bezahlung derselben.
- ... eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden an vier Tagen bei vollem Lohnausgleich und eine Reduzierung der Lebensarbeitszeit. Dies würde auch eine bessere Verteilung der vorhandenen Lohnarbeit bringen und mehr jungen Menschen eine Chance auf Beruf und Einkommen geben. Nicht zuletzt entspricht es dem Wunsch von immer breiteren Bevölkerungsschichten, dass neben der Erwerbsarbeit Zeit fürs Leben, für Familie, Freunde, Freizeit bleibt. Der freie Sonntag muss bleiben.
- ... die Förderung und Unterstützung von Pilotprojekten für eine 4-Tage-Woche, die mit Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich einhergeht. Etliche Modelle, auch in Niederösterreich, zeigen, dass die 4-Tage-Woche ein Gewinn für Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen ist – für die einen an Lebensqualität, für die anderen an Produktivität ihrer Mitarbeiter*innen.
- ... einen gesetzlichen Mindestlohn von netto zehn Euro/Stunde, auch um den Niedriglohnsektor anzuheben und den Einkommensunterschied zwischen

Frauen- und Männereinkommen vor allem in diesem Bereich zu beenden. Für Vollzeit-Beschäftigte (auf Basis 38,5 Wochenstunden) verlangen wir einen gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe von netto 1.750,- Euro monatlich (wertgesichert), damit man von einem Vollzeitjob auch tatsächlich leben kann.

- ... gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit.
- ... die Umstellung der Leistungen des AMS hin zur Hilfe und Betreuung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Statt Druck und Kontrolle auszuüben und die Menschen in teilweise sinnlosen Kursen zu parken, müssen effektive Weiterbildungsmaßnahmen und Umschulungsprogramme bezahlt werden.
- ... die unbedingte Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation bei der Neubesetzung von Posten in der Verwaltung.
- ... die Schaffung ausreichend vieler, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungseinrichtungen in den Regionen mit entsprechend abgestimmten Öffnungszeiten als wesentliche Voraussetzung für mehr Chancengleichheit von Frauen im Berufsleben.
- ... die soziale Absicherung prekärer Arbeitsplätze.
- ... die Abgeltung von Teuerung und Produktivität.
- ... die Beibehaltung der Höhe der Lohnnebenkosten, weil sie einen Teil der sozialen Absicherung in Österreich darstellen.

Soziale Sicherheit

Armut ist vielgestaltig, in unseren reichen Ländern aber vor allem: weiblich, alt, hat Migrationshintergrund und ist unsichtbar. Das Auseinanderklaffen zwischen dem wachsenden Reichtum einer kleinen Minderheit auf der einen und der wachsenden Armut auf der anderen Seite ist für die regierenden Parteien in Niederösterreich kein Thema. Niederösterreich war das erste Bundesland, das selbst die bedarfsorientierte Mindestsicherung noch gekürzt und an Bedingungen geknüpft hat. Das grenzt Menschen aus der Gesellschaft aus: In Österreich sind 2021 von Armut und sozialer Ausgrenzung 233.000 Menschen (2,7 % der Wohnbevölkerung) betroffen. Sie sind "erheblich materiell depriviert", haben neben einem niedrigen Einkommen auch Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen (z.B. Bildung, Wohnung, Begleitung). Frauen sind dabei stärker als Männer betroffen. Ein Viertel der Armutsbetroffenen sind Kinder. Ihre Eltern sind zugewandert, erwerbslos, alleinerziehend oder haben Jobs, von denen sie nicht leben können. Ein Drittel der Betroffenen schafft es nicht, den Teufelskreis von Armut und sozialer Ausgrenzung zu durchbrechen. Die Hälfte aller manifest armen Personen ist dieser Situation länger als ein Jahr ausgesetzt.

Die KPÖ kämpft für ...

- ... die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen.
- ... ein personenbezogenes, bedingungsloses Grundeinkommen. Sozialhilfe, Heizkostenzuschuss und Mindestsicherung sind unzureichende Instrumente, um

Menschen in finanziellen Notsituationen wirklich zu helfen. Sie sind schambehaftet oder Kontrollinstrumente.

- ... die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen und – als Sofortmaßnahme – die Angleichung der sozialen Hilfsleistungen an die Lebenshaltungskosten in Österreich. Denn: Arbeit schützt immer weniger vor Armut.
- ... Sofortmaßnahmen: Die Rücknahme der Kürzung bei der bedarfsorientierten Mindesthilfe. Keine Anrechnung von anderen Hilfsleistungen – Wohnbeihilfe – auf die Höhe der Mindestsicherung. Keine Verknüpfung mit Bedingungen für den Erhalt der vollen Mindestsicherung. Die sofortige Reform der Sozialhilfe und die Bekämpfung der Kinderarmut.

Zur Unsicherheit im Sozialsystem kommt die Misere im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich. Das öffentliche Gesundheitssystem wird ausgehungert. Die Menschen, die hier arbeiten, sind spätestens seit Corona an der Belastungsgrenze. Die KPÖ kämpft für eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle. Das setzt gute Arbeitsbedingungen und Entlohnung des Personals voraus.

Grundversorgung

Auch in Niederösterreich steht das öffentliche Eigentum unter enormem Privatisierungsdruck. Die landeseigene EVN wurde schon 1988 und 1989 durch Börsengänge teilprivatisiert. 51 % sind im Eigentum der NÖ Landesbeteiligungsholding, 28,4 % gehören den Wiener Stadtwerken, 0,9 % sind eigene Aktien und 19,7 % sind im Streubesitz. Aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben ist das Land Niederösterreich, das seine Anteile über die NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH hält, noch mit 51 % Mehrheitseigentümer der EVN AG. In Niederösterreich werden von der EVN rund 800.000 Kund*innen mit Strom, 300.000 Kund*innen mit Gas und 65.000 Kund*innen mit Wärme versorgt. Die EVN beliefert darüber hinaus 600.000 Einwohner*innen in Niederösterreich mit Trinkwasser.

Die KPÖ kämpft für ...

- ... Strom, Wasser, Post und Telekommunikation, Gesundheitsvorsorge und andere Bereiche der Grundversorgung im öffentlichen Eigentum. Nur so können sie Instrumente im Sinne einer sozialen und sinnvollen Entwicklung einer Gesellschaft sein. Denn was alle brauchen, muss allen gehören.
- ... die Rücknahme von Privatisierungen in diesen Bereichen, wo sie Landeskompetenz betreffen.
- ... die Einführung einer kostenlosen Grundsicherung für Haushalte mit Wärme und Licht – entsprechend dem Konzept einer kostenlosen Energiegrund-sicherung der KPÖ (www.energiegrund-sicherung.at).

Grundeinkommen

Die KPÖ fordert ein personenbezogenes bedingungsloses emanzipatorisches Grundeinkommen (BGE) in existenzsichernder Höhe für alle, die hier leben. Finanziert werden kann das durch eine radikale Umverteilung des vorhandenen gesellschaftlichen

Reichtums. Es entspricht unserer Einstellung zu den Grundrechten, dass wir ein Netz bedingungsloser Unterstützungen und freien Zugang zu wichtigen Infrastrukturleistungen (Energiegrundsicherung, Freifahrt, Bildung, ...) zum Ziel haben. Beim BGE geht es für die KPÖ nicht nur um die Verteilung von Geld, sondern auch um die Verteilung von Arbeit, Zeit und Ressourcen, und schließlich auch darum, dass Menschen sich in gesellschaftliche Prozesse einbringen können. Das setzt die Sicherung von grundlegenden Lebensbedürfnissen voraus, sichert aber auch unser demokratisches System, das durch die vielfältigen Krisen und Existenzängste der Menschen zunehmend unter Druck steht. www.grundeinkommen.at

Für eine Wende in der Verkehrspolitik – Vorrang für öffentliche Mobilität und Umwelt.

Niederösterreich ist unter die Räder gekommen. Die Landesregierung verschleudert weiter Unsummen für den Aus- und Neubau von Straßen und Ortsumfahrungen – Investitionen, die Großteils mehr belastenden Verkehr bringen, statt diesen einzudämmen. Mit jedem Straßenneubau wird der jetzt schon massiv belastende Transitverkehr weiter ansteigen. Ein Konzept das dem öffentlichen Verkehr eindeutig Vorrang gibt, fehlt. Mit den Nachbarstaaten ausgehandelte Lückenschlüsse im Bahnverkehr sind von Niederösterreich gebrochen worden – stattdessen wurden Gleiskörper zerstört, um Tourismus-Radwege zu schaffen. Die Ausdünnung der Regionalbahnen als Folge der ÖBB-Politik der Bundes- und Landesregierung hat die Verkehrsmisere weiter verstärkt. Durch die strukturellen Probleme ist Niederösterreich noch stärker „zum Pendlerland Nummer eins“ geworden. Feinstaubbelastung, Lärm, Parkplatzmisere, Stau und verlorene Zeit – der Autoverkehr hat seine Grenzen längst überschritten, ein Umdenken ist notwendig.

Die KPÖ kämpft für ...

- ... absoluten Vorrang für den öffentlichen Verkehr.
- ... die Erhaltung und Wiederherstellung der Regionalbahnen. Es gibt genug gute Beispiele, wie regionaler Bahnverkehr wirtschaftlich sinnvoll betrieben werden kann – z.B. die Salzburger Landesbahnen.
- ... die Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasser.
- ... die bessere Nutzung vorhandener Kapazitäten: Vielfach muss Infrastruktur gar nicht neu gebaut werden. Die Verdichtung der Intervalle und Angebote auch in den Abend- und Nachtstunden und in der Freizeit würde ausreichen, um Bahn und Bus attraktiv zu machen.
- ... ein Gesamtkonzept für den Ausbau und die Verdichtung des Bahn- und Busangebots auch in der Fläche, das – in Zusammenarbeit mit den umliegenden (Bundes-)Ländern – erarbeitet werden muss. Bis dahin sofortiger Stopp geplanter und begonnener Straßenausbauten und weiterer Ortsumfahrungen. Lückenschluss im Bahnverkehr nach Tschechien und Verdichtung der Intervalle im Osten Niederösterreichs.
- Kein Bau der Waldviertelautobahn.

- Wir solidarisieren uns mit den Aktivist*innen, die gegen den Lobau-Tunnel kämpfen: Auch für die Bewohner*innen der Gemeinden an der verkehrsgeplagten Straße wird dieser keine Entlastung bringen. Lediglich ein Naturjuwel wird unwiederbringlich zerstört werden.
- ... den Stopp des Baus der dritten Piste am Flughafen Schwechat, auch wenn es aktuell kein Thema ist.
- ... die Freifahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das entlastet das Budget privater Haushalte sofort spürbar und schafft über die steigende Nachfrage neue, sinnvolle Arbeitsplätze. Eine Studie der E-Control besagt, dass 70 % aller Ausgaben für den öffentlichen Verkehr von der Bevölkerung über Abgaben bereits jetzt selbst finanziert werden. Es ist also wieder einmal eine Frage der Verteilung und des Wollens, nicht der Machbarkeit.
- ... die Einführung einer Nahverkehrsabgabe der Unternehmen, als zusätzliche Einnahmequelle für den öffentlichen Verkehr.
- ... den Ausbau des Radwegenetzes für den Alltagsverkehr zwischen den Gemeinden, Schaffung von sicheren Radabstellplätzen an Bahnhöfen und bei wichtigen Infrastruktureinrichtungen.

Wohnen darf nicht arm machen – Schaffung eines hochwertigen Lebensumfelds für die Menschen

Immer mehr Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten, ohne selbst eine sehr bescheidene Lebensführung zu gefährden. Die Mieten bleiben der Preistreiber schlechthin. Viele Menschen müssen schon 40 % und mehr von ihrem Einkommen nur für das Wohnen ausgeben. Schuld sind weit über der Inflationsrate steigende Mieten und Betriebskosten. Letztere werden auch von Gemeinden, die über Wasser-, Kanal- und Müllgebühren ungesetzlich ihre Budgets sanieren, immer mehr in die Höhe getrieben.

Auch wenn in Niederösterreich die Mehrheit der Menschen im Eigentum lebt und Eigenheime gefragt sind, ist die Förderung von Eigentum aus Mitteln der NÖ Wohnbauförderung zu hinterfragen. Es forciert die weitere Zersiedelung und damit die stückweise Zerstörung unserer Lebensumwelt.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass überregional geplant und Wohnen, Verkehr, Infrastrukturangebote und Arbeitsplatzansiedlung zusammen gedacht werden müssen.

Die KPÖ kämpft für ...

... Wohnen darf kein Luxus sein

- Wohnen ist ein Grundbedürfnis, für das die öffentliche Hand Mitverantwortung hat. Am notwendigsten sind rasch wirksame Änderungen beim Wohnbau, beim Mietrecht und soziale Treffsicherheit der Wohnbauförderung.
- Wohnbauförderungsmittel müssen wieder zweckgebunden für den Wohnbau verwendet werden.

- Vorrang für die Schaffung leistbarer Mietwohnungen. Start einer Offensive im sozialen Wohnbau, direkt durch die Gemeinden. Auch nicht mit Genossenschaften und schon gar nicht durch Private sind sozial verträgliche Preise gesichert.
- Notwendig ist die Sicherung und Ausweitung von Wohnbeihilfen.
- Wohnungsvergabe nach sozialen Kriterien und transparent.
- Die Erarbeitung eines vereinfachten Mietrechtsgesetzes, das Mieter*innen schützt, und die Ausweitung seines Anwendungsbereiches.

... Mietzinsobergrenzen und Hilfe in finanziellen Notlagen

- Die KPÖ ist für einheitliche, niedrige und verbindliche Mietpreisobergrenzen.
- Die Abschaffung von befristeten Mietverhältnissen.
- Mieten sollen von der Mehrwertsteuer befreit werden.
- Die Pflicht, Mietverträge zu vergebühren, soll ersatzlos gestrichen werden.
- Kosten für Hausversicherungen und Grundsteuer sollen nicht mehr über die Betriebskostenabrechnung an die Mieter*innen weiterverrechnet werden.
- Weg mit den Maklergebühren: Der/die Erstauftraggeber*in, das ist meistens der/die Vermieter*in, soll für sie aufkommen.
- Soziale Tarif- und Gebührengestaltung in den Städten und Gemeinden bei kommunalen Dienstleistungen, im Wohnungs- und Sozialbereich. Gebührenstopp für Müll, Wasser und Kanal und die zweckgebundene Verwendung dieser Gelder.
- Wir fordern die Schaffung eines Kautionsfonds, wie ihn die KPÖ in Graz und Salzburg erstritten hat.

... Stopp der Privatisierung, dafür die Wiederaufnahme kommunalen Wohnbaus

- Öffentlicher Wohnbau sichert dauerhaft leistbares Wohnen, deshalb braucht es mehr Gemeindewohnungen.
- Kein Verkauf von Gemeinde- und Landeswohnungen.
- Keine Aufweichung der Gemeinnützigkeit durch höhere Gewinnausschüttungen an Investor*innen.
- Die Sicherung von Grundstücken – jedenfalls ein Vorkaufsrecht für Gemeinden – für den sozialen Wohnbau.
- Wirksame Maßnahmen gegen die Grundstücksspekulation. Sie ist ein wesentlicher Preistreiber am Wohnungsmarkt.
- Meldepflicht für leerstehende Wohnungen – Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht zur Spekulation missbraucht werden.
- Einführung einer Leerstandsabgabe, die für den kommunalen Wohnbau zweckgebunden ist.

... eine Raum- und Verkehrsplanung, die sich auf die Entwicklung des Zusammenlebens in Städten und Regionen positiv auswirkt

- Ein Umdenken in der Umwelt- und Klimapolitik muss grundlegend erfolgen. Dazu kann auch in den Kommunen viel beigetragen werden: Über Baurichtlinien kann

eine energieneutrale Bauweise vorgeschrieben werden, vor allem auch für den großvolumigen Wohnbau. Genauso kann die Verpflichtung, passende erneuerbare Energiequellen mitzubauen, vorgeschrieben werden (etwa die PV-Anlage am Dach).

- Eine verdichtete Bauweise in bereits bestehenden Ballungszentren bei gleichzeitigem Baustopp auf der grünen Wiese.
- Gleichzeitig mit dem Bau neuer Wohnsiedlungen ist die Anbindung an den öffentlichen Verkehr zu schaffen.
- Bemühungen, das Wohnumfeld wieder attraktiv zu machen: Schaffung und Förderung von Räumen des gesellschaftlichen Austausches in den Gemeinden. Wie zum Beispiel Jugendzentren oder Senior*innen-Tagesstätten, als Orte des Zusammenseins ohne Konsumzwang. Förderung der Wiederansiedlung von kleinräumig erreichbaren Nahversorgern und Gasthäusern bei den Wohn- und Arbeitsstätten. Das Wegbrechen dieser, verbunden mit der Schließung von Bezirksgerichten, Postämtern und Polizeidienststellen, hat zu einer verminderten Lebensqualität im ländlichen Bereich geführt.
- Schaffung neuer, gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze in kleinstrukturierten Einheiten (Pflege, Kinderbetreuung, Mobilität, ...).
- Eine gute Anbindung der Ballungsgebiete, aber auch der Fläche an den öffentlichen Verkehr – auch in den Nachtstunden und in der Freizeit. Erst die Verdichtung der Fahrzeiten wird dazu führen, dass das Auto wirklich stehen bleibt.
- Dem öffentlichen Verkehr ist bei der Finanzierung und in der Planung absoluter Vorrang einzuräumen.
- Schaffung von attraktiven, kurzen Wegen für Fahrradfahrer*innen sowie für Fußgänger*innen. Es gilt hier vor allem, den öffentlichen Raum den Kindern anzupassen, nicht die Kinder daraus fernhalten zu müssen. Daher begrüßen wir Ansätze wie Fahrverbote im Umfeld von Schulen, Freizeiteinrichtungen und ähnlichen Orten in den Stunden, in denen die meisten Kinder und Jugendlichen eintreffen oder wieder weggehen.

Wohnen braucht Wärme und Licht.

Energieversorgung der Zukunft:

Die Energieversorgung ist heute noch immer in der Hand von Konzernen mit den höchsten und weiter steigenden Profiten. Auch die Landesenergieversorger verhindern über Monopolstellungen das Ausschöpfen der Potentiale, die in alternativen Energiequellen liegen. Wind, Sonne und Wasser sind doch regional verfügbar und können so auch kleinräumig und demokratisch bestimmt Energiegewinnung möglich machen. Gleichzeitig sind das Energiequellen, um die keine Kriege geführt werden müssen und für die die Umwelt nicht zerstört werden muss.

Energiearmut ist ein zunehmendes Problem in Österreich, auch wenn die Energieversorger selten Zahlen dazu nennen. Die Wohnung nicht angemessen heizen zu können, ist nicht nur ein gesundheitliches Risiko. Es schließt Menschen auch aus gesellschaftlicher Teilhabe aus. Gleiches gilt für Frauen, Männer, Kinder, denen der Strom abgeschaltet wurde – Lesen, Lernen, Kochen, Waschen ... hier überall heißt es: nichts geht mehr. Die KPÖ fordert einen kostenlosen Grundbezug an Energie – also Wärme und Licht – für private Haushalte.

Die KPÖ kämpft für:

- ... generelle amtliche Preisregelung für Treibstoffe, Heizöl, Strom und sonstige Energieformen.
- ... den Ausbau umweltfreundlicher regionaler Energieerzeugung.
- ... die Schaffung von regionalen, kleinräumigen Energieeinheiten in kommunalem oder gemeinschaftlichem Eigentum statt der landesweit agierenden Energieversorger*innen, weil solche Einheiten das Potential für Mitsprache und Mitbestimmung beinhalten.
- ... die Schaffung von möglichst vielen Orten oder Regionen, die energieautark leben und wirtschaften können.
- ... das Durchforsten aller Bereiche nach Möglichkeiten für Energieeinsparungen (Kommunale Einrichtungen, Versorgungsanlagen und öffentliche Beleuchtung auf LED und Strom aus Quellen erneuerbarer Energie umstellen, Wärmedämmung vor allem für den großvolumigen Wohnbau, Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf Elektromobilität mit Solarstrom, ...).
- ... sichere Energie somit regional gewonnene Energie: Jede Gemeinde oder Stadt hat Potentiale für nachhaltige Energiegewinnung – die müssen ausgeschöpft werden.
- ... keine Rückkehr zur Verstromung von Kohle!
- ... einen generellen Ausstieg aus der riskanten AKW-Technologie, Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag.
- ... die Schaffung von Anreizen, um Forschungspotentiale (Technologieparks, höhere bildende Schulen) für Niedrigenergiebereich, Speichertechnologie, neue Innovationen im Energiebereich zu forcieren.
- ... die teilweise Abschöpfung der Profite der Energie-Konzerne zugunsten der von uns vorgeschlagenen **kostenlosen Energiegrundsicherung für Haushalte**: Damit soll abgedeckt werden, was für den grundlegenden Wohn- und Lebensbedarf nötig ist. Was darüber hinaus verbraucht wird, soll vom Preis her progressiv ansteigend gestaltet werden. Finanziert werden kann das über eine Teilabschöpfung der Gewinne der Energieversorger*innen und den Mehrverbrauch. Die EVN ist, wie die anderen Energieunternehmen auch, immer noch zu 51 % im Eigentum des Landes NÖ. Die Forderung der KPÖ nach der Einführung einer kostenlosen Energiegrundsicherung für Haushalte ist also erfüllbar – den politischen Willen vorausgesetzt.

Die KPÖ ist die Alternative zur herrschenden Politik in Österreich und in unserem Bundesland.

Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik. Wir machen Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Umverteilung von oben nach unten. Wir wollen die Menschen darüber hinaus ermutigen und sie dabei unterstützen, für ihre Interessen selbst einzustehen und aktiv zu werden. Wir wissen, dass es nicht leicht ist, diese Vorschläge auch durchzusetzen. Das geht nur, wenn viele Menschen gemeinsam handeln. Und die Kraft zum politischen Handeln ergibt sich nicht nur aus der persönlichen Betroffenheit, sondern aus einer wachsenden Fähigkeit, die Gesellschaft zu analysieren und zu verändern.

Kommunistische Mandatar*innen und unsere Aktivist*innen zeigen vor, dass es auch anders geht. Für sie stehen die täglichen Anliegen der Menschen im Vordergrund. Für sie ist soziale Verantwortung kein leeres Schlagwort.

Wir wollen die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir verbinden progressive Reformpolitik mit grundlegender Kritik am Kapitalismus. Wir streben ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die in diesem Sinne eine andere Politik und ein anderes Wirtschaften für wünschenswert, möglich und machbar halten. Wir wollen eine soziale Alternative, einen Systemwechsel, eine solidarische Gesellschaft, und kämpfen für das Ideal einer Gesellschaft und Bewegung, die von uns Sozialismus genannt wird.

Eine andere Politik ist möglich
KPÖplus – offene Liste!

noe@kpoe.at

0676/69 69 005

Christiane Maringer